

Rede Sachsenhausen Romani Rose 2021

!!! Sperrvermerk, 15.12.21, 12:00 Uhr !!!

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Dr. Drecoll,

sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Grimm,

sehr geehrte Damen und Herren,

heute gedenken wir hier im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen der Opfer des Holocaust an unserer Minderheit über den Bundespräsident Roman Herzog einmal sagte, er war eine „Barbarei ungeheuren Ausmaßes“.

Vor 79 Jahren, am 16. Dezember 1942, ordnete Heinrich Himmler mit dem so genannten „Auschwitz-Erlass“ die familienweise Deportation der letzten noch im Reich verbliebenen Sinti und Roma in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau an. Bereits 1938 hatte er in einem Runderlass die Ortspolizeibehörden angewiesen, die (Zitat) „Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen dieser Rasse heraus“ zu organisieren. Das Ziel dieser Erlasse und Anordnungen stand von vorneherein fest: die vollständige Vernichtung der Sinti und Roma als Minderheit vom Säugling bis zum Greis.

Die Namen der Vernichtungsstätten wie Auschwitz, Treblinka, Dachau, Buchenwald und der anderen Lager in ganz Europa sind untrennbar verbunden mit dem Verlust unserer Familienangehörigen. Diese Orte der Vernichtung sind für uns nicht nur Orte der Erinnerung, sondern große Friedhöfe.

Auch das Konzentrationslager Sachsenhausen spielte eine wichtige Rolle in dem perfiden System der Vernichtung der Angehörigen unserer Minderheit, das die Nationalsozialisten und ihre Helfer in ganz Europe etabliert hatten. Nach Sachsenhausen kamen insgesamt rund 1000 Sinti und Roma, eingepfercht zumeist in die berüchtigte Baracke 38 und ausgebeutet im Arbeitskommando, dem „Klinkerwerk“.

Anton Bamberger, einer dieser Häftling, hat eindrücklich die Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit zusammengefasst, die die Menschen in den Lagern erdulden

mussten: (Zitat) „Am Sonntag haben wir Häftlinge immer dagesessen, den Vögeln nachgeschaut und geweint dabei.“

Anton Bamberger ist mittlerweile verstorben. Genauso wie fast alle Stimmen derer verstummt sind, die Zeugnis ablegen konnten von diesem beispiellosen Zivilisationsbruch, dem 500 000 Sinti und Roma und 6 Millionen Juden zum Opfer fielen.

Ilona Strauss, deren Vater ebenfalls Häftling in Sachsenhausen war, richtete hier im Jahr 2019, bei der letzten Gedenkveranstaltung vor der Corona-Pandemie, an der noch Zeitzeugen teilnehmen konnten, das Wort an die heute heranwachsende Generation und mahnte: (Zitat) „Wählt unsere demokratischen Parteien, denn nur sie können unsere Demokratie bewahren.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Vermächtnis der Opfer des Holocaust an uns Nachgeborene muss mit Leben gefüllt und aufrechterhalten werden. Wir sind verpflichtet, für demokratische Werte und Menschenrechte einzustehen. In dem wir an den Holocaust erinnern, übernehmen wir diese Verantwortung für die Gegenwart. Dies hat nichts mit einer Übertragung von Schuld an die heutige Generation zu tun.

Sinti und Roma sind seit mehr als 600 Jahren selbstverständlicher Teil der deutschen Gesellschaft. Deutschland ist auch unsere Heimat und ich bin stolz auf unsere Verfassung, auf unsere demokratischen Werte und darauf, dass Deutschland sich seiner Geschichte gestellt hat.

In der Gedenk- und Erinnerungskultur unseres Landes hat auch der Holocaust an den Sinti und Roma heute seinen festen Platz. In vielen Städten und Gemeinden erinnern Mahnmale an die ehemaligen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die als in Anführungszeichen „Zigeuner“ ausgegrenzt, verfolgt und deportiert wurden und in Berlin erinnert seit 2012 das nationale Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma Europas an das Menschheitsverbrechen des Holocaust.

Auf politischer Ebene ist auch dank der beharrlichen Bürgerrechtsarbeit des Zentralrats mittlerweile viel Positives geschehen.

Gesamtgesellschaftlich liegt jedoch noch ein weiter Weg vor uns, wenn man bedenkt, dass laut wissenschaftlicher Studien, wie der Mitte-Studie der Universität Leipzig, keiner Minderheit so viel Ablehnung entgegengebracht wird, wie den Sinti und Roma.

Dieser Ablehnung liegt der über viele Generationen tradierte Antiziganismus zu Grunde, der noch immer in den Köpfen vieler Menschen virulent ist. Diesen zu ächten ist eine große Aufgabe vor der wir heute als gesamte Gesellschaft stehen.

Die neue Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat bei ihrer Vorstellung vergangene Woche gesagt, es wird ihr ein besonderes Anliegen sein, die (Zitat) „größte Bedrohung, die derzeit unsere freiheitlich demokratische Grundordnung hat, den Rechtsextremismus, zu bekämpfen.“

In der Tat erfüllt es auch mich mit großer Sorge, dass die demokratischen Werte, denen wir eine über 70-jährige Phase des inneren und äußeren Friedens in Europa verdanken, heute von rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften immer stärker in Frage gestellt werden. Gerade in der Coronapandemie ist die Hemmschwelle für rechten Terror weiter gesunken, wie die Sicherheitsbehörden derzeit eindringlich warnen.

Die Bedrohung des Rechtsstaates und die Verachtung demokratischer Werte zeigt sich auch in Fackelaufmärschen vor den Wohnhäusern von Politikerinnen und Politikern, wo Parolen skandiert und Andersdenkende bedroht werden, wie jüngst in Sachsen geschehen. An dieser Stelle muss sich unsere Demokratie wehrhaft zeigen und mit allen rechtstaatlichen Mitteln deutlich machen, wo die Grenze zwischen freier Meinungsäußerung und feiger Angstmache verläuft.

Die Justiz muss endlich zeigen, dass sie nicht auf dem rechten Auge blind ist und darf solche Vorfälle nicht länger verharmlosen. Sie muss solche Auswüchse in aller Deutlichkeit als das verurteilen, was sie sind: perfide Angriffe auf den demokratischen Rechtsstaat und auf uns alle. Sie sind eine Bedrohung für das Vermächtnis der Opfer, derer wir heute gedenken.

Wenn der Vorsitz des Innenausschusses im Bundestag, einem der wichtigsten Ausschüsse für unsere innere Sicherheit, mit einem Politiker einer Partei besetzt werden soll, die seit Jahren mit Rechtsextremen durchsetzt ist und die sich immer wieder offen nationalistisch und rechtspopulistisch äußert, ist das für unsere Demokratie verheerend. Solche Entscheidungen senden aus unserer Sicht fatale Signale.

Zur Verunsicherung und zum Vertrauensverlust in die Institutionen, die eigentlich dem Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft dienen sollen, trägt

auch das Versagen der deutschen Verfassungsschutzorgane und Geheimdienste beim Kampf gegen den Rechtsterrorismus bei.

Dass in Polizei- und Sicherheitsbehörden oder bei der Bundeswehr immer wieder rechte Gruppierungen über lange Zeit unentdeckt bleiben und sogar Waffen horten können, ist ein beispielloser Skandal und stellt eine ernsthafte Bedrohung unserer Gesellschaft dar. Auch hier müssen Politik und Justiz endlich Zeichen setzen. Solche Vorfälle dürfen nicht länger als Versagen einzelner Vorgesetzter verharmlost werden. Es muss klar benannt werden, was die Ursache für solche Umtriebe sind und warum es gerade in diesen Institutionen immer wieder zu solchen Vorfällen kommt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der deutlich spürbare Rechtsruck in Europa, die Bedrohung durch den Rechtsterrorismus und die Erosion unserer demokratischen Werte in Europa: all diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass wir an einem Scheideweg stehen, an dem sich zeigen wird, in welche Richtung sich Deutschland und Europa sowohl gesellschaftlich als auch politisch in Zukunft entwickelt.

Denn hier ist nicht nur die Politik gefragt, die die Rahmenbedingen schafft, sondern hier muss die Zivilgesellschaft die demokratischen und freiheitlichen Werte, denen wir verpflichtet sind, immer wieder verteidigen.

Der Kampf gegen Antiziganismus, Antisemitismus und jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung. Ich rufe Sie daher alle auf, sich gemeinsam und mit aller Kraft gegen jeden Versuch zu stemmen, unsere demokratische Wertegemeinschaft zu spalten, unser friedliches Zusammenleben zu zerstören und die Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auszulöschen.

Ich danke Ihnen.